

LANDKREIS ROSTOCK · Postfach 14 55 · 18264 Güstrow

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres

Mecklenburg

Herrn Jonas DÜHRKOP

An der Jägerbäk 3

18069 Rostock



**RÜCKFRAGEN | ANTWORTEN**  
**Hauptsitz Güstrow**  
**Ihr Zeichen**

**Unser Zeichen**  
66-51.10.10-3-3

**Dr. Ulrich M. Ratschker**  
**Telefon:**  
+49 3843 755-66125  
**Telefax:**  
+49 3843 755-66802  
**E-Mail:**  
Ulrich.Ratschker@lkros.de  
**Zimmer 3.239**

**Datum 30.11.2022**

## **Windenergieanlage WEA Kambs III StALUMM - 571-1.6.2VG-252**

Sehr geehrter Herr Dührkop,

die zuletzt eingereichten Unterlagen zu o.g. Vorhaben (eingereicht mit dem Schreiben vom 21.11.2022) wurden durch die Untere Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises Rostock geprüft.

Grundsätzlich halten wir das Vorhaben aus erheblichen artenschutzrechtlichen Gründen weiterhin für nicht genehmigungsfähig. Der ablehnenden Entscheidung der Naturschutzbehörde lagen seinerzeit (Ihr Zeichen: 571.1.6.2V-205; Unser Zeichen: 571.1.6.2V-205-66123-1) Überlegungen zugrunde, die eine negative Prognose für den Artenschutz zum Inhalt hatten. Da sich an den räumlichen Gegebenheiten nichts verändert hat, werden wir auch weiterhin hiervon nicht abweichen.

Die bislang durchgeführten Untersuchungen vor Ort sind unseres Erachtens nicht geeignet mit ausreichender Sicherheit die Tragweite der geplanten Errichtung weiterer Anlagen im bislang freigehaltenen Korridor zu erfassen, geschweige denn die negative Prognose zu entkräften.

Im kürzlich eingereichten „Naturschutzfachlichen Zusatz“ anlässlich der Stellungnahme UNB vom 08.06.2022 unter Beachtung der IV. Novelle des BNatSchG“ werden eine Reihe von Argumenten aufgeführt, die wir uns nicht zueigen machen, bzw. die bereits – aus unserer Sicht – durch die Stellungnahme vom 08.06.2022 entkräftet wurden.

Die nun vorgebrachte Bitte nach Anwendung der IV. Novelle des BNatSchG bei der Bewertung des Eingriffs ist nachvollziehbar, ändert aber auch nichts hinsichtlich der bereits geäußerten Einschätzung.

Sollten Sie entgegen der Empfehlung der UNB beabsichtigen das Vorhaben dennoch zu genehmigen, finden Sie nachfolgend Anmerkungen und Vorschläge für entsprechende Nebenbestimmungen. Hierbei wurde die Novellierung des BNatSchG Bereits berücksichtigt.

### **BESUCHERADRESSEN**

**HAUPTSITZ**  
Am Wall 3-5  
18273 Güstrow

**STANDORT BAD DOBERAN**  
August-Bebel-Straße 3  
18209 Bad Doberan

**Telefon 03843 755-0**  
**Telefax 03843 755-10810**

**BANKVERBINDUNG**  
**Ostseesparkasse Rostock**  
**IBAN DE58 1305 0000 0605 1111 11**  
**BIC NOLADE21ROS**

**ALLGEMEINE SPRECHZEITEN**  
**Di 8:30–12:00 | 13:30–16:00 Uhr**  
**Do 8:30–12:00 | 13:30–17:00 Uhr**  
und nach Vereinbarung

**INFO@LKROS.DE**  
**INFO@LKROS.DE-MAIL.DE**

1. Die Berechnung des Ersatzgeldes zur Kompensation des landschaftsbildbezogenen Eingriffs wurde nicht, wie durch die UNB gewünscht, in nachvollziehbarer Weise präsentiert (siehe hierzu Abb. 1). Die ermittelten Werte in Höhe von 106.383 € (WEA 1), 106.996 € (WEA 2) und 109.027 € (WEA 3) sind realistisch. Geprüft werden konnten sie nicht, da hierzu die Prozentangaben der Vorbelastung fehlen.

Anlagenhöhe Neuanlage	100,0 m	Zahlenwert einsetzen						
<b>Bemessungskreis:</b>								
Radius (r) = 15 * Anlagenhöhe [m]	1.500,0 m	errechnet						
Gesamtfläche (GIS) = Pi * r² [m²]	7.068.583,5 m²	hier über die Formel "(pi * r²)" errechnet, es gilt aber die Flächenermittlung über GIS						
<b>Berechnung des Ersatzgeldes:</b>								
<b>Flächenanteil [%] x Höhe [m] x Kostensatz [€] = Kosten</b>								
	Flächen- anteil [%]*	Höhe [m]	Vorbelastung	Prozentanteil Vorbelastung	Kostensatz normal [€]	Kostensatz ermäßigt [€]	Kostensatz [€]	Kosten [€]
Landschaftsbildraum urbaner Bereich	2,0%	100,0	Nein	0,0	0,0		0,0	0,0
Anteil Wertstufe 1	25,0%	100,0	Nein	0,0	400,0		400,0	10.000,0
Anteil Wertstufe 2	25,0%	100,0	Ja	20,0	550,0	530,0	530,0	13.250,0
Anteil Wertstufe 3	25,0%	100,0	Ja	20,0	700,0	680,0	680,0	17.000,0
Anteil Wertstufe 4	23,0%	100,0	Nein	0,0	800,0		800,0	18.400,0
Summe	100,0%							
							Ersatzgeld	58.650,0
	* ermittelt über GIS							

Abb. 1.: Beispielhafte Mustervorlage zur rechnerischen Ermittlung der Ersatzzahlungen bei vorbelasteten Standorten.

2. Nach der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 20.07.2022 unterliegt der Schutz kollisionsgefährdeter Brutvogelarten neuen Regelungen. Folgende Arten fanden sich laut AFB im Wirkungsbereich der geplanten Windenergieanlagen: Rotmilan (*Milvus milvus*), und Weißstorch (*Ciconia ciconia*). Eine Rohrweihe (*Circus aeruginosus*) wurde innerhalb des Nahbereichs – der Bereich (hier <400 m) mit einem signifikant erhöhtem Tötungsrisiko – beobachtet, allerdings konnte weder Horstanlage noch Brut nachgewiesen werden. Gleiches gilt für den Baumfalken (*Falco subbuteo*), dieser wurde innerhalb des „Erweiterten Prüfbereichs“ erfasst. Es ist davon auszugehen, dass sich aufgrund eines kurzfristig erhöhten Nahrungsangebotes durch Mahd/Umbruch oder ähnlichen Bewirtschaftungsereignissen das Tötungs- und Verletzungsrisiko der oben genannten (und weiterer) Arten signifikant erhöht. Um dieser erheblichen Risikoerhöhung zu begegnen sind fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen zu etablieren. Zu den zwingend erforderlichen Maßnahmen zählt daher die Abschaltung der Anlagen bei Mahd oder Bodenbearbeitung. Wünschenswert wäre eine bildgesteuerte Abschaltautomatik zur Vermeidung von Verstößen nach § 44 Absatz 1 BNatSchG für die einzelnen Arten. Auch die Gestaltung des Anlagenumfelds unterliegt hierfür Auflagen (s. WAA Vögel und §45 b Anh. 2 BNatSchG), die in den Nebenbestimmungen formuliert werden. Das erhöhte Störungs-, Verletzungs- und Tötungsrisiko resultiert auch aus den Anlagen selbst. Durch die Aufstellung der Nordex N149/5.X Anlagen entsteht ein zusätzlicher Gefahrenbereich für eine Kollision mit dem Rotor in Höhe von 52.311 m<sup>2</sup>. Die bislang aktiven 14 Nordex N100 Anlagen haben eine Gesamttrotorfläche von 109.522 m<sup>2</sup>, es ergibt sich daraus eine Erhöhung um ca. 50%. Die deshalb geforderten Schutzmaßnahmen sind daher auch unabhängig von der Novellierung des BNatSchG erforderlich.

3. Die im Maßnahmenblatt 5 festgelegte Vermeidungsmaßnahme „Amphibienzäune“ ist im Bereich der WEA 2 nicht ausreichend. Westlich neben dem geplanten Weg ist daher ein weiterer Amphibienzaun (Länge ca. 300 m mit Abweisung in westliche Richtung) zu installieren.

#### Nebenbestimmungen:

##### Bedingungen

1. Die in Aussicht gestellte Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn im Vorhaben die genannten Anforderungen vollständig umgesetzt werden.
2. Vor Baubeginn (= vor Beginn der Baufeldfreimachung) ist die Ersatzzahlung in noch exakt zu bestimmender Höhe (siehe Anmerkung 1) gemäß § 12 Abs. 4 NatSchAG M-V i.V.m. § 15 Abs. 6 Bundesnaturschutzgesetz an die Landeszentrakasse des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu leisten und die erfolgte Zahlung bei der Genehmigungsbehörde nachzuweisen.

## Auflagen

1. Zum Schutz der Bodenbrüter darf keine Baufeldfreimachung während der Brutzeit der betroffenen Vogelarten vom 01.03. bis zum 31.07. im Zuge des Anlagenneubaus erfolgen.

Eine alternative Bauzeitenregelung ist bei der Neuerrichtung der WEA möglich, wenn benötigte Flächen für Fundamente, Wege, Montage und temporäre Material-, Erdlager usw. außerhalb der Brutzeit von Vegetation befreit und bis zum Baubeginn durch Pflügen oder Eggen vegetationsfrei gehalten werden. Eine Ausnahme von dieser Regelung kann für den WEA Neubau erfolgen, wenn mittels einer ornithologischen Begutachtung keine Ansiedlungen von Bodenbrütern innerhalb der Baufelder festgestellt werden oder wenn die Bauarbeiten vor der Brutzeit, d.h. vor dem 01.03. beginnen und ohne längere Unterbrechung (> 1 Woche) über die gesamte Brutzeit, also bis mind. 31.07. fortgesetzt werden. Ist die Durchführung der Bauarbeiten während der Brutzeit unvermeidbar, sind die betreffenden Flächen bis zum Beginn der Brutzeit durch Pflügen / Eggen vegetationsfrei zu halten oder mit Flutterbändern auszustatten, um das Anlegen einer Brutstätte zu verhindern.

2. Der § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG ist für gehölzbrütenden Vogelarten anzuwenden. Keine Rodung/Beseitigung/Beschneidung von Gehölzen in der Zeit vom 01.03. bis zum 30.09. Gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG kann von den Geboten und Verboten dieser Regelung auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn 1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder 2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würden und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

3. Die geplante WEA ist im Falle der Grünlandmahd und der Ernte von Feldfrüchten sowie des Pflügens zwischen 1. April und 31. August auf Flächen, die in weniger als 250 m Entfernung vom Mastfußmittelpunkt gelegen sind, abzuschalten. Die Abschaltmaßnahmen erfolgen mit Beginn des Bewirtschaftungsereignisses und umfassen den gesamten Folgetag nach Beendigung des Bewirtschaftungsereignisses jeweils von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang.

Die vorübergehenden Abschaltungen sind jeweils mit Datum, Grund und Beginn der Abschaltung schriftlich zu dokumentieren und spätestens bis Ende September des jeweiligen Jahres der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.

4. Der Mastfußbereich ist im Umkreis von 125m Radius um die WEA nicht zu begrünen, sondern als weitestgehend vegetationsfreie Kies- oder Schotterfläche böschungsfrei zu gestalten, um das dortige Nahrungsangebot für Greif- und Großvögel zu reduzieren (Vermeidung der Entwicklung von insekten- und kleinsäugerreichen Reproduktionsräumen). Dies gilt ebenso für die geplante Zuwegung. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wird untersagt, aufkommende Vegetation muss durch regelmäßige Mahd kurzgehalten werden.

5. Entsprechend der AAB-WEA Vögel sind (Ab-)Lagerungen im Umkreis von 250m um den Mastfuß zu unterlassen. Dies schließt insbesondere auch Lagerungen (z.B. Erde) im Rahmen der landwirtschaftlichen Nutzung mit ein.

6. Im Umkreis der geplanten Anlagen (ca. 250 m) ist auf Kurzrasenvegetation, Brachen sowie auf zu mähendes Grünland in jedem Fall zu verzichten.

7. Alle WEA sind im Zeitraum vom 01.05. bis zum 30.09. pauschal von einer Stunde vor Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang während der ersten beiden Betriebsjahre abzuschalten, wenn die Windgeschwindigkeit <6,5 m/s in Gondelhöhe und der Niederschlag <2mm/h beträgt.

8. Ein Höhenmonitoring ist an den geplanten Anlagen WEA 2 und WEA 3 in ersten beiden Betriebsjahren und danach alle 5 Jahre (Zeitraum pro Jahr 01.04. – 31.10.) durchzuführen, dabei ist auf die Anwendung des aktuellsten ProBat-Tools (aktuell ≥ Version 7) zu achten. Ebenso müssen Erkenntnisse aus RENEBA III und BAUMBAUER et al. (2020) beachtet werden. Der Nachweis der jährlichen Mikrofonkalibrierung ist an die UNB zu übermitteln. Die Mikrofone an den Gondelunterseiten müssen bei Positionierung der Gondel in Hauptwindrichtung jeweils auf die nächstgelegene fledermausrelevante Struktur ausgerichtet werden.

9. Die Betriebsdaten sind jährlich zum 01.02. als 10-Minuten-Intervalle (SCADA – Standard-Format) über den gesamten Abschaltzeitraum für jede WEA in digitaler Form (als XLS- oder CSV-Datei, kein PDF) an die UNB zu übermitteln.

Für jede WEA müssen nach dem Export folgende Angaben in einem Datenblatt enthalten sein:

- Zeitstempel mit Angabe der Zeitzone laut WEA-Hersteller (Bsp.: 2008-07-01 20:40 +00:00) oder separate Angabe der Zeitzone bei Datenübermittlung.

- Mittelwerte von Windgeschwindigkeit (m/s), Gondelaußentemperatur (°C), Rotationsgeschwindigkeit (U/min) und Niederschlagsintensität (mm/min oder mm/h) und ggf. der Leistung (kW)

10. Der festgelegte Kompensationsbedarf in Höhe von 4,6776 ha EFÄ ist, wie gewünscht, über ein entsprechendes Ökokonto aus dem Bereich der Landschaftszone 3 „Rückland der Mecklenburgischen Seenplatte vom Antragsteller auszugleichen. Die entsprechenden Abbuchungsbescheinigung ist der UNB vor Baubeginn vorzulegen.

11. Entsprechend der Vermeidungsmaßnahme 5 (Amphibienzäune) sind vor Baubeginn Amphibien zäune an WEA 1 und WEA 3 gemäß des Maßnahmenblattes anzulegen. Zusätzlich ist oberhalb der WEA 2 westlich entlang der Zuwegung ein weiterer ca. 300 m langer Schutzzaun (siehe Punkt 3 der Anmerkungen) anzulegen.

12. Um eine Störung von Kranichen während der Brutzeit auszuschließen, sind keine Bauarbeiten an der/den betroffenen WEA, der Zuwegung und den Montageflächen in der Zeit vom 01.03. bis zum 31.07. zulässig, sofern eine Brut von Kranichen im Umfeld von 500 m um eine WEA erfolgt.

13. Der Rückbau von temporär angelegten Wegen ist der Unteren Naturschutzbehörde, Landkreis Rostock, unmittelbar nach Rückbau anzuzeigen.

#### **Vorbehalt:**

14. Es gilt ein Vorbehalt zur Festlegung geänderter, ggf. zusätzlicher Abschaltzeiten für windkraftsensitive Arten i.S. d. AAB-WEA (2016) auf Basis der durch das Höhenmonitoring ermittelten Ergebnisse.

15. Bei einer ggf. notwendigen Deckelung oder Priorisierung von Schutzmaßnahmen hinsichtlich §45b Abs. 6 BNatSchG sind diese im Einvernehmen mit der UNB festzusetzen.

#### **Hinweise:**

1. Der Antragsteller wird gebeten, die in den Gutachten erfassten Artdaten der UNB für eine digitale Auswertung zusätzlich als shape-Datei sowie Multibase-Datei (.mbce) zur Verfügung zu stellen.

2. Die Qualität des einzubringenden Boden-/Schottermaterials (hier RC-Material) für versiegelte oder teilversiegelte Flächen ist mit der Unteren Wasser- und Bodenbehörde abzustimmen.

3. Die notwendigen Naturschutzgenehmigung zur Rodung geschützter Bäume (§19 NatSchAG M-V) werden in Aussicht gestellt, wenn die erforderlichen Auflagen umgesetzt werden können.

#### **Sachverhalt**

Der Vorhabenträger (BayWa r.e. Wind GmbH) beantragt die Errichtung und den Betrieb von drei Windenergieanlagen einschl. Kranstellflächen und Zuwegungen nach § 4 BImSchG innerhalb des Windeignungsgebietes „Vorranggebietes für WEA Kambs (114)“ im Landkreis Rostock. Als Baugrundstück dienen diverse Flurstücke der Gemeinde Vorbeck, Gemarkung Kambs, Flur 1.

Es handelt sich um Windenergieanlagen folgenden Typs NORDEX N149 (MW) mit 125 m Nabenhöhe, einem Rotordurchmesser von 149 m und einer daraus resultierenden Gesamtbauhöhe von 199,5 m. Das Vorhaben soll innerhalb des ca. 91 ha großen „Vorranggebietes für WEA Kambs (114)“ (RREP Rostock, Dezember 2019) realisiert werden. Internationale oder nationale Naturschutzgebiete nicht direkt betroffen. Das Vorhaben liegt jedoch teilweise innerhalb des FFH-Gebietes DE 2038-301 „Kleingewässerlandschaft an den Letschower Tannen“.

#### **Rechtliche Würdigung:**

##### **Zu Bedingung 1**

Die eingereichten Unterlagen umfassen die Planung von drei WEA. Die in AFB, LBP und UVP gemachten Ausführungen nehmen ebenso wie die Stellungnahme der UNB ganzheitlich Bezug auf Errichtung der Anlagen (auch zukünftiger durch Dritte betriebene) und die notwendigen Vermeidungs-, Schutz- oder Kompensationsmaßnahmen. Eine Umsetzung nur von Teilen der des Antrages erfordert daher eine erneute, dahingehend spezifizierte Bewertung durch die UNB.

##### **Zu Bedingung 2:**

Nach dem Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg- Vorpommern zur Kompensation von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch Windenergieanlagen und andere turm- und mastenartige Eingriffe (Kompensationserlass Windenergie MV) vom 06.10.2021 sind mit dem Eingriff verbundene Beeinträchtigungen des

Landschaftsbildes grundsätzlich als Ersatzzahlung zu kompensieren. Die Höhe der Ersatzzahlung ergibt sich unmittelbar aus Nr. 4 des Erlasses. Der ermittelte Wert in Höhe von (wird noch festgelegt) ist nachvollziehbar und hält sich an die Vorgaben des Erlasses und die mit dem Ministerium vereinbarte Berechnungsmethode.

#### **Zu Nebenbestimmung 1**

Die Festsetzung der Nebenbestimmung folgt im Wesentlichen den Angaben des Antrags (Vermeidungsmaßnahme 2 „Bauzeitenregelung für Bodenbrüter“) und bedarf insoweit keiner Begründung.

#### **Zu Nebenbestimmung 2**

Die Festsetzung der Nebenbestimmung ist geeignet, ein im Rahmen der erforderlichen Gehölzrodung das Eintreten von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG zu vermeiden. Sie folgt im Wesentlichen den Angaben des Antrags (Vermeidungsmaßnahme 1 „Bauzeitenregelung für Gehölzbrüter“).

#### **Zu Nebenbestimmung 3**

Sie dient als Vermeidungsmaßnahme dem Greifvogelschutz und ist geeignet, ein Eintreten von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG zu vermeiden.

#### **Zu Nebenbestimmung 4**

Sie dient als Vermeidungsmaßnahme dem Greifvogelschutz und ist geeignet, ein Eintreten von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG zu vermeiden.

#### **Zu Nebenbestimmung 5**

Sie dient als Vermeidungsmaßnahme dem Greifvogelschutz und ist geeignet, ein Eintreten von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG zu vermeiden.

#### **Zu Nebenbestimmung 6**

Sie dient als Vermeidungsmaßnahme dem Greifvogelschutz und ist geeignet, ein Eintreten von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG zu vermeiden.

#### **Zu Nebenbestimmung 7**

Die Festsetzung der Nebenbestimmung folgt im Wesentlichen den Angaben des Antrags (Vermeidungsmaßnahme 4 „Abschaltzeiten für Fledermäuse“) und bedarf insoweit keiner Begründung.

#### **Zu Nebenbestimmung 8**

Die Festsetzung der Nebenbestimmung ermöglicht im Falle wahrscheinlicher Änderungen von klimatischen oder biotischen Einflüssen auf die örtliche Fledermauspopulation rechtzeitig milde Methoden zu veranlassen, um ein Eintreten von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG zu vermeiden.

#### **Zu Nebenbestimmung 9**

Die UNB überwacht auf Grundlage von §3 Abs. 2 BNatSchG die Einhaltung der erlassenen Auflagen anhand der Abschaltungsprotokolle mittels der Software ProBat Inspector. Um einen vollständigen Datenimport zu gewährleisten sind die Formatierungsvorgaben einzuhalten.

#### **Zu Nebenbestimmung 10**

Nach §15 (4) BNatSchG sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in dem jeweils erforderlichen Zeitraum zu unterhalten und rechtlich zu sichern. Der Unterhaltungszeitraum ist durch die zuständige Behörde im Zulassungsbescheid festzusetzen. Die Nebenbestimmung gewährleistet die rechtskonforme Umsetzung.

#### **Zu Nebenbestimmung 11**

Sie dient als Vermeidungsmaßnahme dem Amphibienschutz und ist geeignet, ein Eintreten von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Absatz 1 BNatSchG zu vermeiden. Sie folgt im Wesentlichen den Angaben des Antrags (Vermeidungsmaßnahme 5 „Amphibienzäune“) und bedarf insoweit keiner Begründung.

#### **Zu Nebenbestimmung 12**

Die Festsetzung der Nebenbestimmung folgt im Wesentlichen den Angaben des Antrags (Vermeidungsmaßnahme 3 „Bauzeitenregelung für Kraniche“) und bedarf insoweit keiner Begründung.

#### **Zu Nebenbestimmung 13**

Die Festsetzung der Nebenbestimmung folgt im Wesentlichen den Angaben des Antrags und bedarf insoweit keiner Begründung.

#### **Zu Nebenbestimmung 14 (Vorbehalt)**

Die Festsetzung der Nebenbestimmung folgt im Wesentlichen den Angaben des Antrags (AFB-V1) sowie dem Kap. 3.1.1 der AAB-WEA (Teil Fledermäuse) und bedarf insoweit keiner weiteren Begründung.

#### **Zu Nebenbestimmung 15 (Vorbehalt)**

Die Festsetzung der Nebenbestimmung ist erforderlich, da nach §45b Absatz 6 BNatSchG eine Einstellung der Schutzmaßnahmen nach Erreichen bestimmter Prozentsätze des Jahresenergiebetrages aufgrund der Unzumutbarkeit für die Antragstellerin erfolgen kann. Die Priorisierung der Schutzmaßnahmen kann nur durch die UNB erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

**Dr. Ulrich M. Ratschker**  
SB Eingriffsregelung/ Vorhaben